

BUNDESAMT FÜR AUSSENWIRTSCHAFT

ED / FSII

dec

220.1

Bern, 4.4.1991

Aktennotiz**zum Besuch der Hilfswerke beim BAWI vom 3.4.1991 bezüglich Abwicklung der Entschuldungsmassnahmen (RK IV und RK 700)**

Anwesend: - Arbeitsgemeinschaft CH-Hilfswerke (Gerster, Gugler, Kohler, Jaggi, Helblin)
- BAWI: jag, gjd, red, dee

Geht an: gir, jag, gjd, red, ger/rie, dee, FSII

Zusammenfassung:

- Hilfswerke verzichten auf Einrichtung einer Stiftung, sind aber weiterhin an eigenem Schuldentrückkauf interessiert (nicht nur CH-Banken); werden dazu und für Regiearbeiten eine Kontaktstelle der Arbeitsgemeinschaft errichten, Projekt zur Finanzierung wird dem BAWI unterbreitet.
- es sind Machbarkeitsstudien der Hilfswerke im Bereich lokaler Gegenwartsmittel vorhanden; AG liefert Liste der Länder, wo sie oder ihre Partnerorganisationen tätig sind.
- erste Anfragen für Gegenwertfonds-Projekte bei den Hilfswerken liegen vor. BAWI betont seine Zurückhaltung im Bereich der Errichtung dieser Fonds; Hilfswerke wünschen Mitarbeit in diesem Bereich, zusammen mit der Regierung des Entwicklungslandes.
- Hilfswerke sehen Entschuldung auch in erster Linie unter dem gesamtwirtschaftlichen Aspekt und nicht allein als kreatives Finanzierungsinstrument.
- CH-Banken arbeiten gemäss Hilfswerken an Aufstellung ihrer Guthaben, BAWI sollte Liste bekommen.
- Mitarbeit der Hilfswerke im Bereich Konzept bleibt auf Unterkommission der Kommission Nebiker (nur Konsultativcharakter) beschränkt; Möglichkeit der Institutionalisierung dieser Sitzung.

Struktur der Abwicklung der Entschuldungsaktionen bezüglich Kontaktstelle: Gugler bemerkte, dass die Arbeitsgemeinschaft (AG) die Fonds/Stiftungsidee wegen der Botschaft 700 und der daraus entstehenden Diskussionen fallengelassen hat. Vorstellungen wurden jedoch hinsichtlich der Abwicklung gemacht: aus der Ende Juni 91 aufgelösten Koordinationsstelle der Hilfswerke für die Petition "Entwicklung braucht Entschuldung" wird unter dem Dach der AG eine neue Struktur mit einer Kontaktstelle entstehen, auch als Anlaufstelle für das BAWI gedacht ist. Allfällige Gegenwartsfonds-Projekte in Entwicklungsländern werden nicht direkt von der AG gemacht bzw. verantwortet, sondern vom jeweiligen Hilfswerk direkt (dieses ist operationell tätig); die Koordination übernimmt die Kontaktstelle. Diese, so Gerster, würde mit zwei Personen (eine davon Sekretariatsaufgaben) besetzt, Kosten ca. 300'000 p.a. Als Leiter, welcher aber erst in Diskussion steht, würde allenfalls Herr Pfister (vorher in Madagaskar) in Frage kommen. Gerster sieht Minimum an Projekten als Rechtfertigung für die definitive Einrichtung solch einer Stelle. jag: Gegenwartsfondsprojekte seien noch nicht realistisch abschätzbar, es würden aber für die Regieprojekte die

Hilfswerke und die DEH in Frage kommen. red befürwortet die Schaffung einer Kontaktstelle im Interesse des Informationsaustausches. Die AG wird dem BAWI ein Projekt bezüglich der Finanzierung dieser Kontaktstelle unterbreiten. Nach Gugler seien ab Herbst 91 unter der AG voraussichtlich neu 6 anstatt 4 Hilfswerke vereinigt.

Länderauswahl/Machbarkeitsstudien: nach Gugler sind mittlerweile 5 Machbarkeitsstudien bezüglich "kreative Entschuldung" (Gegenwertfonds, politische Unterstützung im Land, vorgesehene Projekte) seitens der AG finanziert worden (Senegal, Madagaskar, Zambia, Philippinen, Costa Rica), an red wurden die Berichte über Madagaskar und Zambia gesendet. gjd stellte fest, dass in diesen Studien auch die fünf in der Botschaft aufgestellten Bedingungen angeschaut werden müssen; jag meinte sogar, dass die AG mit BAWI im voraus darüber reden sollte, bevor eine Studie erstellt würde. Auf die Frage von gjd bezüglich der Kriterien dieser Länderauswahl: es sei eine repräsentative Wahl, ein Land der CFA-Zone, ein armes Land mit relativ gutem Schuldendienst (Madagaskar) und zwei ausserhalb Afrikas. red würde gerne eine Liste der Länder haben, wo die AG lokale Strukturen aufweist oder Partnerorganisationen besitzt.

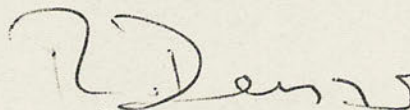
Entschuldung/Finanzierungsinstrument: nach red seien die Entschuldungsaktionen in erster Linie nicht als kreatives Finanzierungsinstrument zu sehen, sondern es gehe um die gesamtwirtschaftliche Wirkung der Entschuldung. Nach gjd gehe es darum, zuerst die Entschuldungsfälle bzw. das Land und dann die Projekte zu wählen, nicht umgekehrt; Gerster bejaht dieses Vorgehen.

Schuldenaufkauf: Gugler sieht AG nicht nur bei Regieaufträgen, sondern auch beim Schuldenaufkauf, daran seien sie immer noch interessiert. red sieht Möglichkeiten beim Kauf von Guthaben von Banken, welche nicht konsolidiert sind. Nach jag sei die Zielvorstellung, zuerst die Toronto-Länder zu entschulden, das Ziel sei auch möglichst alle Guthaben der ERG/Exporteure miteinzubeziehen. Nach red würde mit Polen auch bald ein Durchbruch bei den Toronto-Ländern in Bezug auf allfällige Trinidad-Erweiterung erzielt werden. Gugler fragt nach Info bezüglich der Bankenforderung, die drei grossen CH-Banken würden eine Aufstellung ausarbeiten und das BAWI müsste im Besitz dieser Liste sein. gjd verneint soweit, verweist auch auf Bankiervereinigung, das BAWI habe auch nur die offiziellen Statistiken der SNB. gjd sieht Probleme beim Volumen und der diesbezüglichen Implikationen auf den Preis der Guthaben, Ueberlegungen dazu seien anzustellen. Gerster sieht auch Käufe von Nicht-CH-Banken und insbesondere Komplementärmassnahmen im Bereich der Finanzierung der Basis-Zusammenstellung der Schulden für gewisse Länder, der Reconciliation, auch ZBH; alles sollte eine Art Paket sein.

Gegenwertfonds-Projekte: erste Anfragen seien nach Gugler schon eingetroffen, eine aus Zambia von einer NGO-Partnergorganisation, eine aus Ecuador. red legt vor allem Wert auf Punkt 2 der Voraussetzungen in der Botschaft: ein Strukturanpassungsprogramm sei wichtig und dies würde, da das Budget sehr gut überwacht wird, auch eine Begrenzung der Gegenwertfonds mit sich bringen. Seitens des BAWI wäre man in solchen Fällen eher zurückhaltend was die Errichtung neuer Gegenwertfonds betrifft. Gerster wünscht diesbezüglich Mitarbeit der AG, zusammen mit dem BAWI und der entsprechenden Regierung, man könne ohne die Regierung natürlich nicht vorgehen. Insbesondere sei auch beim Abfluss der Gegenwertmittel, so red, eine Zusammenarbeit mit der Regierung notwendig und

die Kontrolle könnte über den schrittweisen Erlass der Schulden laufen. Insbesondere sei zu beachten, dass ein "trade off" zu Gegenwertfonds anderer Geber bestehe (Beispiel Madagaskar).

Kommission: nach Gerster will die AG bei Verwendung der Mittel mitreden bzw. Einsitz in eine Kommission haben. Nach red sei die Kommission vorhanden (Nebiker), welche bereits eine Unterkommission bilden würde, welche sich mit der Entschuldung befasst. Es sei aber - und dies im Gegensatz zu den Wünschen der AG - nur eine Kommission mit Kosultativcharakter, die Verantwortung der Entschuldung liege alleine beim BR. gjd sieht auch Möglichkeiten, diese heutige Sitzung zu institutionalisieren.



R. Denzer